

Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

betreffend Baselbieter Runder Tisch Entlastung Notfall UKBB

2023/59

vom 5. September 2023

1. Ausgangslage

In ihrem im Januar 2023 eingereichten Postulat spricht Landrätin Caroline Mall das Problem der phasenweisen Überlastung des Notfalls des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB) an. Hintergrund des Anliegens ist die Feststellung, dass laut früheren Aussagen des Regierungsrats rund Zweidrittel aller dort behandelten Notfälle aufgrund des geringeren Schweregrads durch die Kindertagesklinik (KTK) in Liestal sowie niedergelassene Kinderärztinnen und Kinderärzte behandelt werden könnten und sich somit der Notfall entlasten liesse. Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, einen runden Tisch sämtlicher Akteure im Baselbiet einzuberufen, mit dem Ziel, nachhaltige Massnahmen mit dem bestehenden Versorgungsangebot zu erarbeiten und umzusetzen.

Der Regierungsrat legte einen Zwischenbericht vor, um möglichst rasch über die angedachten und teilweise bereits umgesetzten Massnahmen zu informieren. Darin wird ausgeführt, dass die zunehmende Inanspruchnahme der Notfallstationen von Kinderspitälern seit Längerem ein Thema sei. In der Notfallstation des UKBB wurden im Jahr 2022 insgesamt 34'601 Kinder behandelt, die sich in die Triagestufen 1 bis 5 einteilen lassen. Fälle der Stufe 1 (umgehende Lebensbedrohung) traten in 0,3 % der Fälle (bzw. 99 Mal) auf, Stufe 2 (bevorstehende Lebensbedrohung, starke Schmerzen) war mit 5,2 %, Stufe 3 (mögliche Lebensbedrohung) mit 16,8 %, Stufe 4 (möglicherweise ernsthafte Erkrankung) mit 16,8 % vertreten und Stufe 5 (weniger dringende Erkrankung oder klinisch-administrative Probleme) wurde in 64,6 % der Fälle (22'345 Fälle) diagnostiziert.

Im April 2023 bat das Amt für Gesundheit verschiedene Akteure, darunter das UKBB, das KSBL, die Liestaler Kindertagesklinik (KTK) sowie die Ärztesgesellschaft Baselland, zu einem «Runden Tisch». Das Thema: «Wie kann durch eine bessere Angebotskoordination die Überlastung auf der Notfallstation des UKBB in Zukunft nachhaltig reduziert werden?». Grundtenor war die Aussage, dass schweizweit eine zunehmende Anzahl Kindernotfälle beobachtet wird. Insbesondere die Anzahl Notfälle der Stufe 5 habe stark zugenommen, wobei auch die hohe Erwartungshaltung der Patientinnen und Patienten (bzw. der Eltern) eine grosse Belastung darstellen. Einig waren sich die Teilnehmenden in der Einschätzung, dass Fälle der Stufe 4 und v.a. der Stufe 5 meist keine hochinstallierte Notfallstation benötigen, sondern z.B. bei der niedergelassenen Ärzteschaft, in der KTK, oder in einer «Walk-in-Permanence» gut behandelbar wären.

Als wichtigste Erkenntnis kristallisierte sich die Möglichkeit eines neuen ambulanten Zentrums bzw. einer Permanence heraus, die insbesondere der Behandlung von Fällen der Stufen 4 und 5 dienen soll. Sie wäre räumlich getrennt vom UKBB, aber in deren Perimeter, anzusiedeln. Personell könnte sie durch die niedergelassene Ärzteschaft und / oder die KTK unterstützt werden. Schätzungen zufolge läge das Potential, bei Öffnungszeiten zwischen 17 und 22 Uhr, bei etwa 1'500 Fällen pro Jahr, was die Notfallstation des UKBB um ca. 5-10% entlasten würde. Längere Öffnungszeiten wären zu begrüssen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission behandelte die Vorlage an ihrer Sitzung vom 25. August 2023 im Beisein von Regierungsrat Thomi Jourdan, VGD-Generalsekretär Olivier Kungler, Jürg Sommer, Leiter Amt für Gesundheit, VGD, sowie Tobias Lüscher, zuständig für Controlling der Beteiligungen.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Das Thema der überlasteten Kinder-Notfallstation im UKBB wurde in der Kommission aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet und breit diskutiert. Einig waren sich alle in der Einschätzung, dass die Situation unbefriedigend ist und eine Lösung gefunden werden muss. Uneinig war man sich in der Frage, wie dies zu bewerkstelligen sei. Ein Teil der Kommission sprach sich gegen eine Erweiterung des Angebots in der Stadt aus, weil dadurch das Land, woher der Grossteil der Patientinnen und Patienten stammt, nach wie vor unterversorgt wäre. Gewisse bezweifelten den Sinn eines Angebotsausbaus insgesamt. Stattdessen sollte man mehr in Kommunikation und Aufklärung investieren, um den Patientenstrom in die richtigen Bahnen zu lenken.

– Reduktion der Fälle vs. Ausbau der Infrastruktur

Mehrheitlich wurde die Schaffung des zusätzlichen Angebots befürwortet. Einige Kommissionsmitglieder kritisierten jedoch, dass alternativ nicht ernsthafter nach einer Land-Lösung Ausschau gehalten wurde. So wurde argumentiert, dass mit der Kindertagesklinik (KTK) in Liestal ein valables Angebot bestünde, das an das Kantonsspital (KSBL) angebunden werden könnte. Dank dem Runden Tisch haben laut Direktion Annäherungen in beide Richtungen stattgefunden. Ein Kommissionsmitglied brachte auch die Möglichkeit eines Joint Venture zwischen den beiden Institutionen ins Spiel. Die Direktion verdeutlichte, dass die Lösung einer verdoppelten Infrastruktur auf dem Land von den Teilnehmenden des Runden Tisches als wenig sinnvoll angesehen wurde, da KTK und KSBL weder über die entsprechenden Geräte für Kindermedizin noch über das für schwere Fälle geschulte Personal verfügten. Zudem würde eine Notfallstation, die länger als zu normalen Bürozeiten geöffnet hat, entsprechend viele Fälle benötigen, um angesichts der teuren Vorhalteleistungen kostendeckend betrieben werden zu können.

Grundsätzlich war in der Kommission unbestritten, dass das UKBB die erste Anlaufstelle für pädiatrische Notfälle sein und bleiben müsse. Die Notwendigkeit eines Versorgungsausbaus wurde jedoch nicht von allen eingesehen. Damit würde man es den Leuten noch einfacher machen, ohne gross nachzudenken die ohnehin schon überlastete Infrastruktur (inklusive Parkplatzmangel) beim UKBB in Anspruch zu nehmen. Vordringliches Ziel müsste es vielmehr sein, so ein Kommissionsmitglied, die hohe Zahl der auf der Notfallstation eintreffenden «unnötigen» Fälle zu reduzieren. Im Fokus stehen dabei die rund 80 % (bzw. rund 28'000 Fälle) der Kategorien 4 und 5, die ebenso gut in einem weniger hoch installierten Setting, z. B. in einer kinderärztlichen Praxis, versorgt werden könnten. Zugleich wurde bedauert, dass die Fähigkeit zur Deutung körperlicher Symptome und die Gelassenheit im Umgang mit Krisen zusehends geschwunden sei. Gleichzeitig müsse konstatiert werden, dass jüngere Personen weniger vertraut sind mit dem Hausarzt- und Kinderarztssystem und aufgrund des gesellschaftlichen Wandels weniger als noch früher in der Lage sind, die Kinder kurz- oder auch längerfristig zu Hause zu betreuen.

Die Kommission erwog die Möglichkeit, mittels Aufklärungsarbeit die Leute verstärkt dafür zu sensibilisieren, einen weniger dringenden «Notfall» einer ambulanten Einrichtung anzuvertrauen. Die Direktion beurteilte es jedoch als schwierig, den Eltern beizubringen, dass sie bei Fällen der Kategorien 4 und 5 und nur innerhalb gewisser Zeiten nach Liestal, und in allen anderen Fällen ins UKBB fahren sollen. Die Kommission regte dennoch an, Anstrengungen zu verstärken, über die möglichen Alternativen (KTK, Niedergelassene) aufzuklären. Dabei gelte es insbesondere, die Medizinische Notrufzentrale (061 261 15 15) in den Fokus zu rücken.

Auf andere Möglichkeiten, wie die Einführung einer Selbstbehaltspauschale in Notfallstationen, wurde in der Diskussion nicht näher eingegangen, nachdem der Landrat vor rund einem halben Jahr einem entsprechenden Prüfungsantrag eine Abfuhr erteilt hatte.

– *Geteilte Position zur Standortfrage*

Viel zu reden gab die Frage nach dem richtigen Standort der Walk-in-Permanence. Am Runden Tisch waren sich die Teilnehmenden einig, dass das Angebot im Perimeter des UKBB liegen müsse. In der Kommission hingegen gingen die Meinungen darüber auseinander. Einerseits wurde anerkannt, dass aus fachlich-medizinischer Sicht die unmittelbare Nähe zum «Mutterschiff» sinnvoll wäre, weil dort sowohl die Kapazität als auch die Kompetenz vorhanden ist, um mit allfälligen Komplikationen eines ursprünglich als eher harmlos eingestuftes Falls umzugehen. Zudem würden die meisten Eltern ohnehin – um auf der sicheren Seite zu sein – auch bei einem vermeintlichen Bagatelldfall die Notfallstation des UKBB ansteuern.

Laut Auskunft der Direktion sind im UKBB bereits die ersten Schritte zur baulichen Umsetzung einer Permanence für ambulante Fälle erfolgt. Die Infrastruktur wird in der nordöstlichen Ecke des UKBB (Ecke Spitalstrasse / Schanzenstrasse) eingerichtet, wo sich derzeit die Patientenschule befindet, die in den 4. Stock zügelt. In der Kommission wurde die Befürchtung geäußert, dass ein Angebotsausbau zu einer Mehrung der Nachfrage führen könnte. Dem hielt die Direktion entgegen, dass die Triagierung erst nach Eintritt in die Notfallstation erfolgt, die Permanence von aussen nicht sichtbar ist und auch nicht beworben wird, so dass nicht von einer Zunahme der Patientenzahlen auszugehen sei. Die Lösung hat laut UKBB zudem keine Auswirkung auf den Personalbestand. Bereits heute werden an den Wochenenden niedergelassene Kinderärztinnen und Kinderärzte hinzugezogen, die auch in der KTK beschäftigt sind. Der dadurch steigende Aufwand wird stattdessen mit einer «Prozessoptimierung» bei ambulanten Fällen kompensiert.

Der Zwischenbericht des Regierungsrats hat nicht nur informierenden Charakter, sondern sollte der Direktion auch die Möglichkeit geben, die Haltung des Parlaments zu erfragen, in welche Richtungen weitergearbeitet werden soll. Der Fokus liegt nun auf der Frage, ob das Problem eher mit einer örtlichen oder einer inhaltlichen Lenkung in den Griff zu bekommen ist. Mit anderen Worten: Ob die Lösung eher in einer Baselbieter Alternative liegt, oder ob vermehrt Anstrengungen aufklärerischer Natur unternommen werden sollen, um die UKBB-Notfallstation dauerhaft zu entlasten.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Kommission beantragt mit 13:0 Stimmen, vom Zwischenbericht zum Postulat 2023/59 «Baselbieter Runder Tisch Entlastung Notfall UKBB» Kenntnis zu nehmen.

05.09.2023 / mko

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Lucia Mikeler Knaack, Präsidentin